

GPI

Gesundheitspolitische Informationen
Politique de la santé: Informations

**Gesundheit
ohne Grenzen**

**Santé sans
frontières**



- 4 Informationen aus der
Geschäftsstelle
Informations du secrétariat
de la SGGP**

- 5 Im Fokus:
Gesundheitspolitik
Au centre de l'attention:
Politique de la santé**

- 10 Eidgenössische Räte
Chambres fédérales**

- 12 In Kürze
En bref**

- 14 Internationales
International**

- 15 Neuerscheinungen
Nouvelles publications**

Impressum

Ausgabe N°4/Dezember 2025
Édition n°4/décembre 2025

GPI
Gesundheitspolitische Informationen
Informations de politique de santé
Informazioni sulla politica sanitaria
Health Policy Information

Erscheint 4-mal jährlich.
Paraît 4 fois par an.

Die GPI sind das offizielle Organ
der Schweizerischen Gesellschaft für
Gesundheitspolitik (SGGP).
GPI est l'organe officiel de la
Société suisse pour la politique de
la santé SSPS.
ISSN-Nr./No 1420-5947
Redaktion/Rédaction: Markus Gubler,
Andrea Renggli, Miguel Pereiro; forum|pr
Gestaltung/Design: Definitiv Design AG
Titelbild/Couverture: Unsplash
Druck/Impression: Faidruck AG

SGGP/SSPS
Schweizerische Gesellschaft für
Gesundheitspolitik
Société suisse pour la politique de la
santé
Società svizzera per la politica della
salute
Swiss Society for Health Policy

Geschäftsstelle SGGP
3000 Bern
T 031 387 37 39
Sekretariat: info@sggp.ch
Redaktion: redaktion@sggp.ch
www.sggp.ch

**Christian Lohr**

Präsident SGGP

—
Président SSPS

Weichenstellungen

Die Aufträge des Parlaments zugunsten der Lockerung des Vertragszwangs und für eine interkantonale Spitalversorgung dürften die nächste grosse Reform des Krankenversicherungsgesetzes werden. Sie berühren zentrale Fragen unseres Gesundheitssystems: Wie stellen wir sicher, dass Patientinnen und Patienten unabhängig von ihrem Wohnkanton Zugang zu qualitativ hochstehenden, wirksam und wirtschaftlich erbrachten Leistungen haben? Und erfüllen die Kantone ihre Verantwortung in der Sicherstellung dieser Versorgung tatsächlich so, wie es der Gesetzgeber vorsieht?

Die interkantonale Spitalversorgung und die Diskussion um den Vertragszwang sind dabei keine technischen Details, sondern Ausdruck grundsätzlicher Weichenstellungen. Sie betreffen das Verhältnis zwischen Solidarität und Wettbewerb, zwischen öffentlichem Versorgungsauftrag und individueller Wahlfreiheit. Aus Patientensicht zählt letztlich vor allem eines: Die bestmögliche Behandlung – am richtigen Ort, zur richtigen Zeit und zu tragbaren Kosten.

Die Schweiz braucht in dieser Reform nicht zusätzliche Regulierung, sondern andere Regulierung: Klare Zuständigkeiten, verlässliche Qualität und transparente Verantwortung. Vorab steht nun die Politik in der Pflicht, die anstehenden Änderungen zu einer stimmigen Reform zu bündeln, welche die richtigen Anreize setzt, sodass das Vertrauen der Patientinnen und Patienten gestärkt wird. Die SGGP wird sich in diesem Sinne ins Reformvorhaben einbringen.

Orientations

Les mandats du Parlement en faveur d'un assouplissement de la contrainte conventionnelle et d'une prise en charge hospitalière intercantonale devraient constituer la prochaine grande réforme de la loi sur l'assurance-maladie. Ils touchent à des questions centrales de notre système de santé: comment garantir aux patients, quel que soit leur canton de résidence, l'accès à des prestations de haute qualité, efficaces et économiques? Et les cantons assument-ils réellement leur responsabilité en matière de garantie de ces soins, comme le prévoit le législateur?

Les soins hospitaliers intercantonaux et le débat sur l'obligation de contracter ne sont pas des détails techniques, mais l'expression d'orientations fondamentales. Ils concernent le rapport entre solidarité et concurrence, entre mission de service public et liberté de choix individuelle. Du point de vue des patients, une seule chose compte en fin de compte: le meilleur traitement possible, au bon endroit, au bon moment et à un coût abordable.

Dans le cadre de cette réforme, la Suisse n'a pas besoin de réglementations supplémentaires, mais d'autres réglementations: des compétences claires, une qualité fiable et une responsabilité transparente. Il appartient désormais aux responsables politiques de regrouper les changements à venir en une réforme cohérente qui mette en place les incitations appropriées afin de renforcer la confiance des patients. La SSPS s'engagera dans ce sens dans le projet de réforme.

Legislatur in der Halbzeit: Unsere Thesen auf dem Prüfstand

Im Hinblick auf die aktuelle Legislatur stellte die SGGP fünf gesundheitspolitische Thesen auf. Nun ist die Hälfte der vierjährigen Periode vergangen. Zeit für eine erste Zwischenbilanz.

These 1: Intelligente Finanzierungslösungen steuern Verhalten

Die SGGP sprach sich für die einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen (EFAS) aus. Die Stimmberechtigten nahmen im November 2024 die Vorlage an. Jetzt zählt die Umsetzung – in den Kantonen und bei den Leistungserbringern. Bei den ambulanten Tarifen hat der Bundesrat einen Systemwechsel beschlossen, dessen Einführung die SGGP aufmerksam beobachtet. Das neue Tarifsysteem, das ab 2026 gilt, kombiniert Einzelleistungstarife mit ambulanten Pauschalen. Die Pauschalen können ab 2027 nach und nach korrigiert werden.

These 2: Ressourcen und deren zielgerichteter Einsatz sind Schlüsselfaktoren

In Zeiten fehlenden Personals soll die Politik für administrative Entlastung sorgen, so die Forderung der SGGP. Der Unmut bei den Betroffenen wächst. Im Frühjahr 2025 schlugen die Berufsverbände der Apotheker, Ärzte, Chiropraktoren, Tier- und Zahnärzte auf dem Bundesplatz Alarm und verlangten u.a. weniger Auflagen und mehr Ausbildungsplätze. Im Herbst doppelt das Gesundheitspersonal mit einer nationalen Kundgebung nach. Bund und Kantone sind gut beraten, die Thematik der Arbeitsbedingungen und der Motivation des Gesundheitspersonals ernst zu nehmen.

These 3: Zentrales zentral regeln – Dezentrales dezentral

Die SGGP will kantonale Grenzen aufbrechen, wo sie Versorgungsqualität und Patientenmobilität behindern. Nun sind Kantone angehalten, ihre Spitalplanung untereinander noch enger zu koordinieren. Der Ansatz der interkantonalen Spitallisten fand im Parlament eine Mehrheit. Auch die SGGP befürwortet sie, wenn sie die beabsichtigten Ziele erreichen: bessere Behandlungsqualität, bedarfsgerechtere Spitalplanung.

These 4: Vorsorge in die Gesundheitspolitik integrieren

Erfolgreiche Präventionsprogramme können Gesundheitskosten nachweislich senken. Zwar hat der Bundesrat die NCD-Strategie zur Prävention nichtübertragbarer Krankheiten bis 2028 verlängert und angepasst. Doch weitere griffige Massnahmen fehlen. Mehr noch: Die Finanzierung von Präventionsprogrammen steht aus finanzpolitischen Gründen unter Druck. Die SGGP sieht Handlungsbedarf. Immerhin scheint eine Motion aus dem Nationalrat, die eine Präventionsstrategie 2040 fordert, gute Chancen zu haben.

These 5: Zeitgemässe Instrumente durchsetzen

Die digitale Infrastruktur des Gesundheitswesens muss wohl zentral eingerichtet, durchgesetzt und finanziert werden. Unlängst hat der Bundesrat die Einführung eines elektronischen Gesundheitsdossiers beschlossen. Künftig soll jede Person in der Schweiz automatisch ein Dossier erhalten. Wer keines will, muss aktiv widersprechen. Patientinnen und Patienten sollen damit schneller auf ihre medizinischen Dokumente zugreifen und die verschiedenen Leistungserbringer besser koordinieren können. Neu ist auch eine allgemeine Verbindlichkeit: Alle ambulanten und stationären Leistungserbringer müssen sich anschliessen.

Gesundheitsaussenpolitik als strategische Aufgabe der Schweiz

In der Schweiz dominieren steigende Prämien, Fachkräftemangel und neue Tarife die politische Debatte. Doch auch Kriege, Handelskonflikte und Lieferketten wirken direkt auf unser Gesundheitswesen. Deshalb gehört die Gesundheitsaussenpolitik auf die Agenda. Genau dies tat die SGGP mit ihrer jüngsten Tagung.

Humanitäres Völkerrecht unter Druck

Als erste Referentin überträgt Nora Kronig, Direktorin des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK), die aktuelle Stimmung in den Hilfsorganisationen eindrucklich in den Saal. «Die Bilder dazu sind kaum zu ertragen», begründet sie ihren Verzicht auf eine Präsentation. Die Bilder, die sie mit Worten zeichnet, gehen trotzdem unter die Haut.

Eindrücklich beschreibt Kronig, wie die Erschütterung Henry Dunants über die Schlacht von Solferino 1859 zum Anstoss wurde, Menschlichkeit auch im Krieg zu schützen. Damit legte er den Grundstein für das humanitäre Völkerrecht.

«Das humanitäre Völkerrecht steht so stark unter Druck wie lange nicht: 2024 war das bisher tödlichste Jahr für Helferinnen und Helfer, etwa in Gaza, im Sudan und in der Ukraine», betont Kronig; die Zahl der Getöteten habe sich in fünf Jahren mehr als verdreifacht.

Sie benennt vier Bereiche, in denen wir Verantwortung übernehmen müssen:

1. Keine Ausnahmen. Die Geschichte zeigt die Folgen von Ungültigkeit.
2. Aufklärung. Wir müssen unermüdlich laut und klar über die Regeln des Krieges sprechen.
3. Konsequente Umsetzung. Es braucht lückenlose Strafverfolgung und Solidarität für Helfende.
4. Dialog. Die Schweizer Tradition des Brückenbauens ist kein «Nice-to-have», sondern eine zentrale Aufgabe.

Nora Kronig schliesst mit einem dringenden Appell: «Versagen wir an dieser Stelle, riskieren wir das Scheitern der internationalen Zusammenarbeit.»

Die Erosion des humanitären Völkerrechts sei laut Kronig kein fernes Problem, sondern wirke bis in die Schweiz hinein. Humanitäre Hilfe werde immer häufiger politisiert; schädliche Narrative verbreiteten sich auf sozialen Medien, Konvois würden blockiert und Hilfsleistungen eingeschränkt, Angriffe auf Spitäler und

andere zivile Einrichtungen gehörten vielerorts zur Kriegsführung. Wer die Eskalation in Syrien, im Sudan, in Gaza oder in der Ukraine als normal hinnehme, nehme die Traumatisierung ganzer Generationen, die Zerstörung ziviler Infrastruktur und neue Fluchtbewegungen in Kauf. In der Schweiz zeige sich das konkret daran, dass geflüchtete Menschen oft schwer belastet und mit komplexen gesundheitlichen Bedürfnissen ankommen, während die Nachfrage nach Unterstützung das Angebot übersteigt. Umso wichtiger sei frühe, konsequente Hilfe.

«Die Erosion des Völkerrechts ist kein fernes Problem, sondern wirkt bis in die Schweiz hinein.»

Welthandel im Umbruch

Wenn Regeln und Kooperationen brüchig werden, bleibt das nicht ohne Konsequenzen für Handel, Investitionen und Wohlstand. Vor diesem Hintergrund spannt Ronald Indergand, designierter Leiter der Direktion für Wirtschaftspolitik beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), den Bogen zur Schweizer Volkswirtschaft im globalen Spannungsfeld.

Der vielzitierte «Zollshock» hat zwar das Zeug zum Wort des Jahres, kam aus Sicht des Ökonomen aber keineswegs überraschend. Mit der Finanzkrise endete die Phase der Hyperglobalisierung, seither nimmt die Fragmentierung zu, was sich in einer zunehmenden politischen Polarisierung äussert. In den letzten 15 Jahren wurden weltweit über 10000 handelsverzerrende Massnahmen wie Subventionen und Zölle beschlossen, deren Zahl nach der Corona-Krise nochmals stark anstieg. Seit dem zweiten Amtsantritt von Donald Trump haben sich die USA beim Zollniveau in knapp einem Jahr faktisch gar in die 1930er-Jahre zurückkatapultiert.

Gesundheitsaussenpolitik unter neuen Vorzeichen

Die raschen und unvorhersehbaren Kurswechsel in Washington verschärfen durch die grosse Unsicherheit die Lage zusätzlich.

Sinnbildlich dafür: Die durchgestrichenen 39 Prozent auf Indergands Präsentation – am Abend vorher wurden sie auf 15 Prozent gesenkt.

«Wir sehen auch bereits die ersten Auswirkungen: Die Globalisierung verlangsamt sich», so Indergand. Weil die Globalisierung an Tempo verliert, ist die Schweiz als stark exportorientierte Volkswirtschaft besonders exponiert – ein grosser Teil der Wertschöpfung hängt vom internationalen Marktzugang ab.

Die ausländische Industriepolitik – also die gezielten staatlichen Eingriffe zugunsten bestimmter Branchen oder Technologien – verzerrt den Wettbewerb, setzt die Standortattraktivität der Schweiz unter Druck und befeuert einen teuren Subventionswettbewerb. Gleichzeitig eröffnet sie aber auch Chancen: Schweizer Zulieferunternehmen und lokale Tochtergesellschaften im Ausland profitieren von neuen Aufträgen, subventionierte Vorleistungen verbilligen Importgüter und schaffen neue Märkte und Kooperationsmöglichkeiten. Gemäss Indergand halten sich diese Effekte weitgehend die Waage; der Nettoeffekt auf das Schweizer BIP liegt nahe null.

Der Bundesrat seinerseits verzichte grundsätzlich auf Industriepolitik. Der erste Grund ist schnell erklärt: Es ist schlicht zu teuer. Neben den direkten Kosten verursache jede gezielte Förderung auch indirekte Kosten, weil öffentliche Mittel an anderen Orten fehlten. Zudem seien solche Markteingriffe ineffizient und unfair gegenüber nicht begünstigten Unternehmen. Wo der Staat «Gewinnerinnen und Gewinner» auswähle, bremse er den notwendigen Strukturwandel. Industriepolitik ist für Indergand zudem eine politische Büchse der Pandora: Ist eine Förderung einmal etabliert, ist der Ausstieg nahezu unmöglich. Gerade für kleine, stark verflochtene Volkswirtschaften wie unserer komme hinzu, dass ein grosser Teil der Impulse im Ausland verpuffen würde, während die Kosten in der Schweiz anfielen.

Der Bundesrat setze deshalb weiterhin primär auf gute horizontale Rahmenbedingungen: offene Märkte, verlässliche Institutionen sowie einen attraktiven Forschungs- und Bildungsstandort. Diese Strategie habe sich nicht zuletzt im aktuellen Beispiel der US-Zölle bewährt: «Wir rechnen mit einer schweren Konjunkturverlangsamung, aber nicht mit einer Rezession.»

«Der Bundesrat setzt auf gute Rahmenbedingungen: offene Märkte, verlässliche Institutionen und einen attraktiven Forschungs- und Bildungsstandort.»

Trotz «Zollshock» – keine Rezession

Die zusätzlichen US-Zölle gehen an der Schweiz nicht spurlos vorbei. Gemäss den vom Seco ausgewerteten Daten unterliegen zum Zeitpunkt der Tagung rund zwei Fünftel der Schweizer Exporte in die USA zusätzlichen Zöllen; im Durchschnitt resultieren Zusatzzölle von rund 7 bis 9 Prozentpunkten. Im internationalen Vergleich ist die direkte Betroffenheit damit zwar moderat – für einzelne Branchen sind die Auswirkungen dennoch deutlich spürbar.

Besonders exponiert sind die Herstellung pharmazeutischer Erzeugnisse, die Uhren- und Präzisionsindustrie, Maschinenbau, Nahrungsmittel und Tabakerzeugnisse sowie verschiedene Metall- und Elektronikbranchen. Diese Sektoren tragen zum Teil erhebliche Anteile zum Bruttoinlandprodukt bei, beschäftigen Zehntausende Arbeitnehmende und erzielen einen beträchtlichen Teil ihrer Exporterlöse auf dem US-Markt.

Trotz dieser Belastungen zeigte Indergand, dass sich die Schweizer Konjunktur bislang als erstaunlich robust erweist. Für die kurzfristige Bewältigung des Zollshocks setzt der Bund bewusst auf bestehende Instrumente: Er erleichterte den Zugang zur Kurzarbeit und verlängerte die Bezugsdauer.

Starke Standortfaktoren als beste Versicherung

Indergand betont sechs zentrale Stärken der Schweiz: politische und rechtliche Stabilität, solide Staatsfinanzen, ein starkes Bildungs- und Innovationssystem sowie offene und diversifizierte Märkte, schlanke Regulierung und hervorragende Infrastruktur.

Er warnt jedoch davor, diese Position als selbstverständlich zu betrachten. Die Spitzenplätze seien nicht naturgegeben, sondern das Resultat konsequenter wirtschaftspolitischer Entscheidungen. «Wenn die Schweiz nicht nur an diesen Standortfaktoren festhält, sondern sie weiter gezielt verbessert, kann sie in einer fragmentierten Welt sogar einen komparativen Vorteil gewinnen», lautete seine zentrale Botschaft.

Rückblickend auf Energiekrise, Pandemie, Frankenschocks und Finanzkrise zeigte sich Indergand selbst beeindruckt davon, wie robust die Schweiz diese Turbulenzen bisher gemeistert hat. Er führte dies insbesondere auf die breite Diversifizierung der Wirtschaft und die starken Rahmenbedingungen zurück.

Sein Fazit fällt denn auch nüchtern optimistisch aus: Das internationale Umfeld werde unsicher und protektionistisch bleiben und spürbare Auswirkungen auf die Schweiz haben. Eine fundamentale Infragestellung des Wirtschaftsstandorts zeichne sich jedoch nicht ab. Im Gegenteil: In einer fragmentierten Welt würden die traditionellen Stärken der Schweiz noch wichtiger.

Gesundheitsaussenpolitik zwischen Eigeninteresse und globaler Verantwortung

Im abschliessenden Podiumsgespräch diskutieren unter der Leitung des ehemaligen Bundeshauskorrespondenten Markus Häfliger Ständerätin Eva Herzog (SP/BS, Präsidentin des Swiss TPH), Nationalrat Thomas de Courten (SVP/BL, Präsident von intergenerika) und David Traub (Managing Director Pharma Switzerland, Novartis) über die Konsequenzen für die Schweiz. Im Fokus steht die Pharmabranche – jene Branche, die wie kaum eine andere vom internationalen Umfeld betroffen ist und zugleich stark zur Schweizer Wertschöpfung beiträgt.

Die US-Administration verfolge gemäss Traub drei übergeordnete Ziele: das Handelsbilanzdefizit zu verringern, Produktion zurück in die USA zu holen und die Medikamentenpreise im eigenen Land zu senken. Im Moment bezahle Novartis noch keine Zölle – in den kommenden Monaten sei vieles möglich. Wie über ein Dutzend andere Unternehmen verhandle Novartis derzeit direkt mit den amerikanischen Behörden über spezifische Zoll- und Preismodelle.



Bei der Gesundheitsausserpolitik steht auch die Pharmabranche im Fokus: Angeregte Podiumsdiskussion mit David Traub (Geschäftsführer Novartis Pharma Schweiz AG), Markus Häfliger (Moderator), Eva Herzog (SP/BS, Präsidentin Kuratorium Swiss TPH), Nationalrat Thomas de Courten (SVP/BL, Präsident Intergenerika)

Braucht die Schweiz eine eigene Industriepolitik?

Vor dem Hintergrund des Referats von Indergand stellt sich die Frage, ob die Schweiz angesichts der aggressiven Industriepolitik anderer Länder nicht ebenfalls stärkere industriepolitische Instrumente einsetzen müsse. Auf dem Podium herrscht Einigkeit, dass die Schweiz keine Subventionsspirale braucht: Gefördert sind vielmehr verlässliche Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie und ein starker Forschungs- und Bildungsstandort.

Thomas de Courten betont, dass immer die Rede von den Pharmariesen sei, es gebe aber ein ganzes «Biotop» aus Start-ups, KMU, Forschungsinstituten und Zulieferern. Wer diesen Standort sichern wolle, müsse auch an diese Firmen denken.

Preise, Transparenz und Vertrauen

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion sind die Medikamentenpreise. Am Beispiel eines teuren Krebsmedikaments von Roche stellt Häfliger die provokative Frage, ob Umsatz- und Margen einbussen in den USA künftig über höhere Preise in der Schweiz kompensiert würden. Traub widerspricht dieser einfachen Logik. Die Schweiz liege bei den Listenpreisen für innovative Medikamente im internationalen Vergleich nicht an der Spitze; in einigen Bereichen seien die Preise bereits heute tiefer als in anderen europäischen Ländern. Gleichzeitig brauche es eine ausreichende Profitabilität, um die hohen Risiken in Forschung und Entwicklung tragen zu können.

Mehrere Diskussionsteilnehmende betonen, dass es ohne ein Mindestmass an Vertrauen und Transparenz nicht gehe. De Courten plädiert für mehr Transparenz – etwa bei Vertragsmodellen und Rückerstattungen –, warnte aber vor Symbolpolitik: Eine reine

Fokussierung auf CEO-Löhne etwa trage wenig zur Lösung der strukturellen Fragen bei.

In ihrem Schlusswort erinnert Eva Herzog daran, dass Gesundheitsausserpolitik nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein moralisches Thema ist. Als reiches Land könne sich die Schweiz nicht damit begnügen, in erster Linie die eigenen Standortinteressen zu sichern; beim Zugang zu Gesundheitsleistungen in ärmeren Ländern sei das heutige Verhalten «mehr als verbesserungswürdig». Global Health sei deshalb nicht nur eine humanitäre, sondern auch eine strategische Aufgabe für die Schweiz.

Am Ende der Tagung zieht Christian Lohr einen persönlichen Schlussstrich. Er spüre ein «grosses Bedürfnis nach Orientierung» in einer Zeit, in der humanitäres Völkerrecht erodiert, geopolitische Spannungen zunehmen und zentrale Exportbranchen der Schweiz unter Druck geraten. Zugleich zeigt sich der SGGP-Präsident beruhigt, dass sich die Gesundheitspolitik auf eine starke, innovationsfähige Branche abstützen kann – und auf Institutionen, die fähig sind, komplexe Fragen wie Zölle, Globalisierung und Gesundheitsausserpolitik differenziert zu diskutieren.

Text: Miguel Pereira

Foto: zVg